

Melkstation in Norddeutschland, Olivenernte in Italien, Parlament der Europäischen Union in Brüssel: Ein kleiner Ölfleck hat sich zu

EUROPA

Der Melker auf dem Sofa

Die Europäische Agrarpolitik ist ein Dauerskandal geworden. Nun sollen die Überproduktion und die Milliardenverschwendung beendet werden.

Doch die Reformvorschläge der Brüsseler EU-Kommission sind viel zu halbherzig.

Die Queen hat etwas zu verbergen. Wieviel Geld das britische Staatsoberhaupt privat aus Brüssel bezieht, möchte der Buckingham-Palace nicht mitteilen – Datenschutz.

Die Europäische Union, die für die gemeinsame Agrarpolitik der 15 Mitgliedstaaten zuständig ist, vergibt Prämien auf Ackerland, oft bis zu 1000 Mark pro Hektar und Jahr, manchmal sogar mehr. Diese „Direktzahlungen“ fließen ohne jegliche Gegenleistung auf die Konten der Flächenbesitzer, Antrag genügt.

Der Farmerin Elizabeth Windsor gehören bei den Schlössern Balmoral und Sandringham 28 543 Hektar Land. Ihre Familie besitzt wesentlich mehr. Allein Sohn Charles nennt im Herzogtum Cornwall 51 885 Hektar sein eigen.

Die britische EU-Botschaft in Brüssel will zwar ebenfalls nichts über die Zuschüsse an die Royals sagen, verweist aber auf eine Passage in den Protokollen des Londoner Parlaments. EU-Flächenprämien, so steht dort, seien 1996 „in Höhe von einer Million bis 1,5 Millionen Pfund an vier Personen, in Höhe von 1,5 Millionen

bis 2 Millionen Pfund an eine Person“ gezahlt worden. Und ein anderer „Anspruchsberechtigter erhielt Zahlungen von insgesamt über 2 Millionen Pfund“.

Um wen es sich dabei handelt, lässt sich nur ahnen. Auch Bonns neuer sozialdemokratischer Bauernminister Karl-Heinz Funke hat davon gehört, daß die Königin „9,8 Millionen Mark“ im Jahr kassiere. Früher habe ihn das geärgert, sagt Funke, weil es ja Geld der europäischen Steuerzahler sei „und sich Verkäuferinnen und Friseurinnen dafür die Beine in den Leib stehen“. Heute tröstet er sich über die EU-Gaben für eine der reichsten Frauen der Welt mit Sarkasmus hinweg: „Bei dem ganzen Ärger im Königshaus muß man ihr die paar Millionchen doch gönnen.“

Immerhin fällt auch für die Kleinen so allerlei ab. Manfred Keßler aus Schwalbach im Saarland etwa findet es „absolut in Ordnung“, daß er dank Brüssel Geld ohne Arbeit erhält. Der 64jährige Kollege der Queen ist „Sofamelker“. Davon gibt es Hunderttausende in Deutschland und im Rest der EU.

Früher hatte Bauer Keßler zwischen 50 und 60 Kühe im Stall, die er morgens und abends gemolken hat, 48 Jahre lang, ohne Urlaub. Dann wurde es ihm zuviel. Jetzt hat er keine Kühe im Stall und verdient dennoch an der Milch: Er hat seine ihm von Brüssel zugeteilten Pfründen zum Teil verkauft, zum Teil verpachtet.

Zur Eindämmung der Milchschwemme hatten die Brüsseler Bürokraten 1984 die Milchquote erfunden. Die Bauern erhielten, entsprechend dem Durchschnitt ihrer früheren Lieferungen an die Molkerei, eine Jahreshöchstmenge zugeteilt, die sie zu einem garantierten Preis verkaufen dürfen. Derzeit gibt es 69 Pfennig pro Liter.

Keßlers Quote beträgt 278 000 Liter. Sie ist bares Geld wert, auch wenn er die Milch gar nicht erzeugt. Denn Bauern, die ihre Betriebe vergrößern wollen, müssen Quote dazukaufen – für 1,50 Mark bis 2 Mark je Liter, obwohl Keßler über Preise nicht gern spricht. Für seinen verpachteten Quotenteil erhält er 20 Prozent des Milchgarantiepreises.

Schief angesehen werde er nicht im Ort, weil er auf der Couch sitze und mit Nichts-



einem alles erstickenden Ölteppich ausgeweitet

tun Geld verdiene. „Die anderen machen es doch genauso.“ Rund die Hälfte der in Deutschland produzierten Milch geht auf das Konto dieser Sofamelker.

Ein wenig ackert Keßler dennoch auf seinen eigenen 30 Hektar. Mit Hilfe des Sohnes baut er Getreide an und mäset Rinder. Er will sich ja die Tausender nicht entgehen lassen, die das Brüsseler Füllhorn zusätzlich pro Hektar Land und je Rind als Direktzahlungen ausschüttet.

Eigentlich aber braucht man weder Rind noch Feld, noch Milchquote, um an Geld der Europäischen Union zu kommen. Eine

reiche Stiftung in Süddeutschland zeigt, wie das funktioniert. 1994 erwarb sie auf Rügen einen 100-Hektar-Gutshof für rund 450 000 Mark, der karge Boden war damals billig in der Ex-DDR. Die gesamte Anbaufläche ließen die neuen Eigentümer sofort stilllegen, und, o Wunder: Bereits im nächsten Jahr ist alles bezahlt, dank der Stilllegungsprämien, die Brüssel gewährt, um die Überproduktion zu senken.

Rechtens ist das alles, aber schwerlich zu rechtfertigen. In diesem Jahr werden 90 Milliarden Mark, etwa die Hälfte des gesamten Haushalts der EU, für landwirtschaftliche Subventionen ausgegeben. Deutschlands Steuerzahler tragen den größten Teil dazu bei, etwa ein Drittel. Dazu kommt noch einmal eine riesige Summe aus den nationalen Etats der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft. Zusammen sind das über 140 Milliarden Mark Stütze für 7 Millionen Beschäftigte, die nur 2 Prozent (in Deutschland mit 1,1 Prozent noch weniger) des Bruttoinlandsprodukts der EU erwirtschaften.

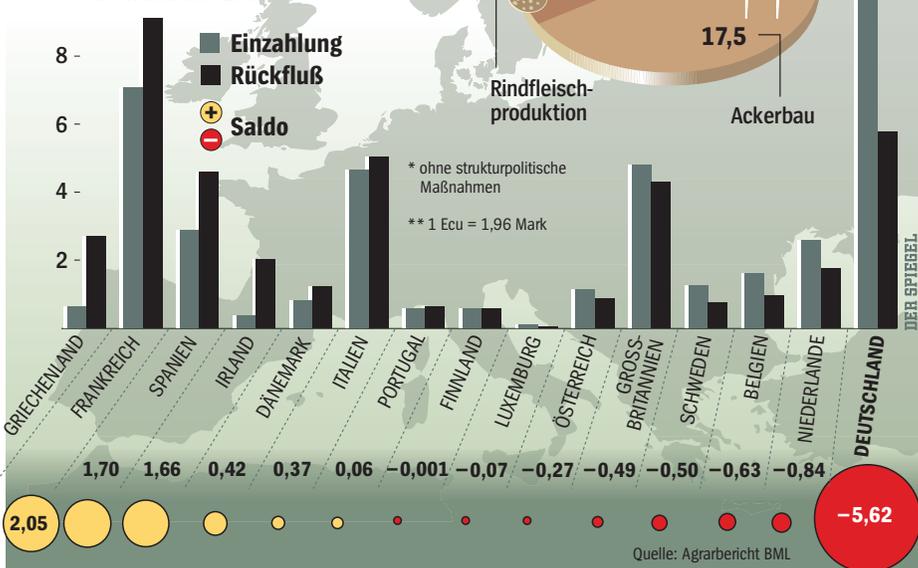
Im Sozialbereich, bei der Gesundheitsvorsorge, im Erziehungswesen müssen die EU-Staaten eisern sparen. Aber bei den Bauern wird das Geld hinausgeworfen, als gäbe es keine Haushaltsdefizite und keine Schuldenlast: ein legaler, systematischer, geplanter Aberwitz.

Doch trotz zäher und geschickter Verteidigung des Landvolks – langsam, ganz langsam dämmert das Ende der verrotteten europäischen Agrarpolitik herauf. SPD-Minister Funke warnt „vor der Illusion, die Landwirtschaft ließe sich im gegenwärtigen Zustand aufrechterhalten“. Die Legitimität der gesamten Agrarpolitik, sagt auch sein Genosse Willi Görlach, früherer Landwirtschaftsminister in Hessen und derzeit Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament, sei in Frage gestellt. Und für Großbritanniens Außenminister Robin Cook steht fest: „Die gemeinsame Agrarpolitik hat keine Zukunft.“

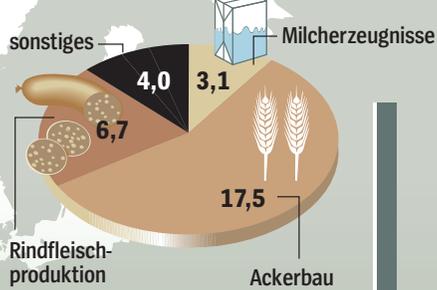
Das ahnt auch die EU-Kommission. Sie hat in ihrer „Agenda 2000“ den Entwurf einer Agrarreform vorgelegt, die im Jahr 2000 in Kraft treten soll. Doch der zu-

Brüsseler Mastkur

Beiträge der EU-Mitgliedstaaten zum Landwirtschaftshaushalt 1997* in Milliarden Ecu**



Wohin das Geld fließt in Milliarden Ecu



ständige Kommissar Franz Fischler faßte sich kein Herz – er verschiebt die Subventionen nur innerhalb des alten Systems. Der Österreicher senkt die Stützepreise, zu denen die EU den Bauern die Abnahme von Getreide, Milch und Rindfleisch garantiert, um näher an das niedrigere Weltmarktniveau heranzukommen. Zugleich aber erhöht er die direkten Geldgeschenke, damit seine Schutzbefohlenen ihr Einkommen behalten.

So soll es für Mutterkühe statt 290 Mark künftig bis zu 458 Mark im Jahr geben, für Milchkühe – bisher ohne Prämie – 643 Mark. Für Bullen verschenkt die EU statt 270 Mark einmalig 690 Mark, für Ochsen statt 218 Mark zweimalig mindestens 664 Mark.

Einziges Einschränkung: Bei den Flächenprämien pro Betrieb soll es oberhalb einer 400 000-Mark-Grenze nur noch 75 Prozent der ausgesetzten Beträge geben. Aber das wird die Queen nicht zwicken.

Im Agrarrat fallen diese Woche die Landwirtschaftsminister der EU-Staaten übereinander her – und alle zusammen über Fischler. Eine starke Allianz jener Staaten, die mehr aus dem EU-Etat herausbekommen, als sie einbezahlen, würde am liebsten gar nichts ändern und die deutschen Nettozahler gern weiter berappen lassen. Helmut Kohl hatte ja stets mitgemacht, und die eigenen Bauern dankten es ihm durch zuverlässige Stimmabgabe für CDU und CSU.

Doch das geht nicht mehr, mit der anstehenden Osterweiterung der EU würde das gegenwärtige Subventionssystem zu teuer. Und die Welthandelsorganisation WTO will die Schutzzölle und Subventionsmilliarden der Europäer sowieso nicht länger hinnehmen.

Oskar Lafontaine ist, wie Vorgänger Theo Waigel, entschlossen, eine spürbare Senkung des deutschen Nettozahleranteils durchzudrücken. Der SPD-Finanzchef piff schon den Bauern Funke (30 Hektar) zurück, weil der vorschnell seinen Landwirten die Fortdauer massiver Steuervergünstigungen versprochen hatte.

Und auch der EU-Kommission ist längst klar, daß ihre Reformvorschläge viel zu zaghaft sind. Ihre wahren Einsichten finden sich in einer Studie („Die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik und des ländlichen Raums“), die sie bei renommierten Wissenschaftlern in Auftrag gegeben hat. Das Gutachten verlangt, endlich Schluß zu machen mit einer Landwirtschaftspolitik der „Widersprüchlichkeit und Zusammenhanglosigkeit“. Statt immer neue Regeln zu erfinden, solle das „extrem komplizierte“ Vorschriften-Durcheinander entrümpelt werden. Eine neue, sinnvolle Agrarpolitik



Agrar-Kommissar Fischler: Prämien für Mutterkühe

W. V. CAPPELLEN / REPORTERS / LAF

der EU müsse eine doppelte Herausforderung meistern: die Bauern dem uneingeschränkten internationalen Wettbewerb aussetzen und den Schutz der Umwelt zu garantieren.

Die Lösungsvorschläge der Studie sind radikal – keine Garantiepreise mehr und auch kein Ausgleich durch Direktzahlungen. Nur in Ausnahmesituationen, wenn es zu einem dramatischen Preisrutsch auf dem Weltmarkt komme, dürfe Brüssel mit Stützkäufen den Markt stabilisieren.

Zum Erhalt von Kulturlandschaft und gesunder Umwelt seien mit den Bauern feste, klare Verträge abzuschließen. Direktzahlungen dürften nur noch zeitlich und in der Höhe begrenzt als Übergangshilfe gewährt werden, um den Bauern die Umstellung auf ihre neuen Geschäftsbe-

dingungen zu erleichtern. Für viele, speziell für die über 50jährigen, werde es sich „in Wahrheit um eine Vorruhestandsregelung“ handeln.

Die so umkämpfte Gemeinsame europäische Agrarpolitik wurde im Juli dieses Jahres 40 Jahre alt. 1958, auf der Konferenz von Stresa, formulierten die sechs Gründerstaaten als Ziele: Steigerung der Produktion, stabile Märkte, angemessener Lebensstandard der Bauern und ein breites Angebot landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu angemessenen Preisen für den Verbraucher.

Um einen gemeinsamen Markt zu schaffen, einigte man sich auf Marktordnungen, inklusive der Einführung gemeinsamer, europaweiter Agrarpreise. Die Vertragsstaaten vereinbarten außerdem, Fleisch und Getreide aus der Gemeinschaft gegenüber Importen den Vorzug zu geben. Also belegten sie Einfuhren mit so hohen Zöllen, daß die fremden Erzeugnisse teurer wurden als die Euro-Gewächse. Parallel dazu erhielten die eigenen Exporteure Subventionen, damit sie ihre Waren außerhalb Europas überhaupt loswerden konnten.

Alle Beihilfen für Landwirte wurden zentralisiert, um den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu nehmen, die eigenen Bauern zu Lasten der Nachbarn zu begünstigen. Seitdem sind die gesamten Ausgaben der EU für die Landwirtschaft keinerlei Kontrolle mehr durch die nationalen Parlamente unterworfen. Die Finanzminister hatten zu bezahlen, was in Brüssel beschlossen wurde.

In den staatlichen Lagern häuften sich schon bald Rinder- und Getreideberge auf, die Milchseen schwollen unaufhörlich

Rinderhalter im Prämien-Dschungel
Ausgewählte EU-Subventionen für den Landwirt im Jahr 2002 am Beispiel der Rinderhaltung

- Ochsen**
Ochsenprämie zwischen 664 und 1033 Mark
! Für maximal 1,25 verkaufte Ochsen pro ha Land, höchstens aber 90 Tiere einer Altersklasse
- Bullen**
Sonderprämie zwischen 430 und 690 Mark je Bulle
! Nur bis 3,33 Bullen je ha, höchstens 90 Tiere je Betrieb
! Wenn die Zahl der Bullen in Deutschland eine Höchstgrenze überschreitet, werden die Prämien gekürzt
- Mutterkühe**
Mutterkuhprämie zwischen 351 und 458 Mark
! Nur, wenn der Bauer über einzelbetriebliche Prämienrechte verfügt
! Die Tiere müssen auch zur Fleischproduktion geeignet sein
! Wenn die Zahl der Mutterkühe in Deutschland eine Höchstgrenze überschreitet, werden die Prämien gekürzt
- Milchkühe**
ab 2003: Milchkuhprämie zwischen 261 und 643 Mark
! Nur, wenn der Betrieb eine einzelbetriebliche Milchquote hat
! Milch kann nur verkauft werden, wenn der Betrieb über eine Milchquote verfügt
- Kälber/Jungkühe**
Halte von Mastkälbern und Färsen (Jungkühen) aus Milchküherden erhalten keine Prämie
Halte von Färsen aus Mutterküherden erhalten höchstens 439 Mark

DER SPIEGEL

an. Die Produkte wurden, darauf war Verlaß, zu einem Festpreis aufgekauft – und dann entweder vernichtet oder auf den Weltmärkten für einen Bruchteil der Erzeugungskosten verramscht.

Ein schönes Beispiel für die üblen Wirkungen gutgemeinter Anreize spießt der Europäische Rechnungshof in seinem gerade veröffentlichten neuen Prüfungsbericht auf: In kargen Regionen des Südens gedeiht am besten Hartweizen. Um den Ackerbauern dort einen Einkommensausgleich zu schaffen, erfanden die Agrarminister die Hartweizenprämie. Sie ist ein Zubrot zur allgemeinen Getreideprämie und liegt heute bei etwa 364 Mark je Tonne.

Das weckte Begehrlichkeiten. Plötzlich kamen von überall her Aufträge, auch aus dem europäischen Norden, mehr Hartweizenflächen auszuweisen, obwohl der Bedarf gar nicht so groß ist. Im letzten Juni schaffte es der damalige Landwirtschaftsminister Jochen Borchert, auch für Deutschland zusätzlich Hartweizenflächen freizuschlagen.

Der Hartweizen wird inzwischen mit 113 Prozent seines Produktionswertes subventioniert, wie der Rechnungshof beanstandet: „Eine derart vorteilhafte Sonderbehandlung ist auch heute nicht durch Fakten begründet“, urteilen die Luxemburger Prüfer.

Es geht nicht um Peanuts. Hätten sich die Agrarminister darauf beschränkt, nur die

Einkommensnachteile im Vergleich zum normalen Weizenanbau auszugleichen, hätten die europäischen Steuerzahler im Zeitraum von 1994 bis 1997 sechs Milliarden Mark weniger aufbringen müssen.

Der agrarpolitische Dirigismus in der EU ist ein gutes Beispiel der „Ölfleck-Theorie“ des Ökonomie-Nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek. Danach hat ein zunächst geringfügig anmutender Eingriff in die Märkte nahezu zwangsläufig weitere Eingriffe zur Folge. Denn die Bürger reagieren auf die erste Intervention so, daß immer neue Vorschriften nötig werden, um ihr Verhalten zu lenken und unerwünschte Konsequenzen zu verhindern. Am Ende hat sich ein kleiner Ölfleck zu einem alles erstickenden Ölteppich ausgeweitet.

Die Milchpolitik liefert dafür ein weiteres Paradebeispiel. Am Beginn stand eine Abnahmegarantie zu festen Preisen. Die verführte die Bauern, die Produktion immer weiter zu steigern, eine Milchschwemme war die Folge. Um die weiße Flut einzudämmen, erhielten die europäischen Bauern Quoten zugeteilt. Wer mehr produzierte, mußte Strafen zahlen.

Die Quoten waren zunächst an die bewirtschafteten Flächen gebunden, damit die Produktionsrechte nicht freizügig an andere Bauern verkauft werden konnten. So sollte auch vermieden werden, daß eine Viehflucht aus Bergregionen und rauen

Landschaften auf die fruchtbarsten Weiden einsetzte. All das gilt längst nicht mehr. Nun dürfen die expandierenden Betriebe Quoten kaufen oder pachten; die Bedingung, damit gleichzeitig saure Wiesen übernehmen zu müssen, ist weitgehend gefallen. Auch das Verbot, die Unterproduktion eines Quoteninhabers mit der Überproduktion des Nachbarn zu verrechnen, besteht nur noch theoretisch.

Die Quote allein reichte zudem nicht, den Erwerbstrieb der Melker zu zähmen. Sie blieben zwar bei der zugeteilten Menge, fütterten ihre Rot- und Schwarzbunten aber plötzlich mit hochwertiger Silage. Das erhöhte den Fettgehalt der Milch und wirkte sich auf ihr Einkommen ebenso vorteilhaft aus, als wenn sie ihrem Vieh mehr Milch abgemolken hätten.

Der Subventionswirrwarr lädt dazu ein, in Brüssel möglichst viel abzusahnen. Bei der Buttermilch gelang einem Exporteur ein ganz besonders bizarrer Coup. In der „Marktordnungswarenliste“ findet sich unter „Buttermilch“ die Kennziffer „04039010.0000“. Dort heißt es, daß für flüssige Buttermilch beim Export 13 Pfennig erstattet werden. Überquert sie dagegen „pulverisiert, granuliert oder in anderer fester Form“ die Grenze, kassiert der Exporteur 1,30 Mark pro Kilogramm.

Das veranlaßte einen findigen Unternehmer, Buttermilch einzufrieren und in Pla-



REX FEATURES

Schloß Sandringham: Ein paar Milliönchen für die Farmerin Windsor

stiksäcke zu füllen. 80 Fuhren passierten auf einem 25tonner unbehelligt die polnische Grenze, jedesmal kassierte der Exporteur 1,30 Mark Prämie, als ob er mit Buttermilchkonzentrat gehandelt hätte. Mehr oder weniger zufällig fiel einem deutschen Grenzer die Sache auf. Keine halbe Stunde später hatte sein Vorgesetzter bereits ein achtseitiges Dossier einer Hamburger Anwaltskanzlei auf dem Tisch. Darin hieß es, ge-

frorene Buttermilch sei Buttermilch in „fester Form“, wie das Gesetz es vorsehe, mithin sei alles in Ordnung.

Die EU-Verordnung wurde binnen sechs Wochen geändert. Der Eisverkäufer aber durfte seine Subvention von 2,3 Millionen Mark behalten. Die Juristen des Europäischen Gerichtshofs, spottet ein Praktiker, liebten den „Hammertest“, der aber bele-



ALPHA

Königin Elizabeth II.

ge eindeutig, daß gefrorene Buttermilch nun mal eine feste Form habe.

Die Kreativität cleverer Subventionsjäger kennt keine Grenzen. Da wird Reis aus französischen Überseegebieten nach Curaçao geschafft, dort mit europäischem Milchpulver vermenget und als „Milchreis“ zurück in die EU verfrachtet. Aufgrund der verschiedensten Begünstigungsabkommen ist dieser Handel zollfrei. In der

EU werden Milchpulver und Reis dann wieder getrennt. Zweck der Übung: Der Exporteur kassiert zunächst die Subvention für die Ausfuhr des Milchpulvers, schleust es dann getarnt als Milchreis zum niedrigen Weltmarktpreis wieder in die EU zurück und kann es, abermals subventioniert, über die Grenzen bringen – solange er will.

Von solchen Betrügereien profitieren in den seltensten Fällen die Landwirte. Der Zwischenhandel, die industrielle Verwertung sind das Feld, das die Organisierte Kriminalität anlockt. Da wird billiges türkisches Nußöl mit beachtlicher

logistischer Raffinesse als Sonnenblumenöl von Istanbul nach Hamburg verschifft, unter Einschaltung zahlreicher Scheinfirmer in Lastwagen umgeladen und in die südlichen Olivenstaaten gebracht. Dort mischt man es wertvollem

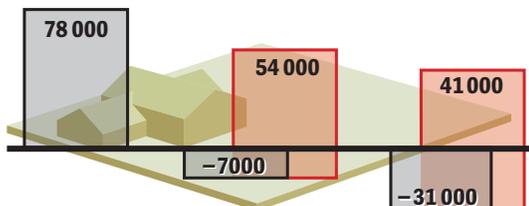
Auf Stütze angewiesen

Jahreseinkommen deutscher Getreidebauern

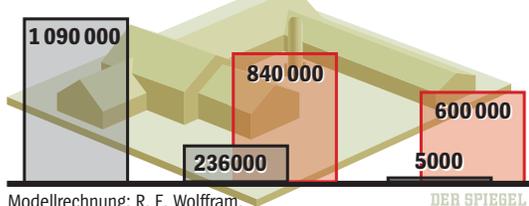
Markteinkommen auf Basis gestützter Preise in Mark
 zuzüglich Prämie

vor der Reform Reform 1992 Reform Agenda 2000

100-Hektar-Betrieb



1000-Hektar-Betrieb



Modellrechnung: R. E. Wolfram, Universität Bonn

DER SPIEGEL

Olivenöl zu und kassiert Oliven-Prämien und -Preise für die gesamte gestreckte Menge. 1000 Tonnen beigemengtes Nußöl bringen so einen Ertrag von rund sieben Millionen Mark.

Der Verdacht, daß sogar die Waldbrände auf Korsika in den letzten Jahren gezielt gelegt wurden, um anschließend auf dem gerodeten Gebiet Ansprüche auf Prämien geltend zu machen, erhärtete sich bei Überprüfungen.

Gegen Betrug und Geschäftemacherei wehrt sich die Kommission mit noch mehr Bürokratie, die wiederum den Ehrlichen das Leben schwermacht. Der Landwirt Manfred Guth in Zweibrücken hat versucht, sich weitgehend aus den Fängen der Agrar-Federfuchser zu befreien. Mit dem Anbau von Erdbeeren, Himbeeren, Johannisbeeren und Kirschen – zumeist für Selbstpflücker – erwirtschaftete er unreglementiert auf einem kleinen Teil seines Hofes 80 Prozent seines Umsatzes. Aber er betreibt auch noch Ackerwirtschaft und nimmt Getreide- und Stilllegungsprämien nebenher mit.

Ein stillgelegter Acker wäre hervorragend als Parkplatz für die Selbstpflücker geeignet. Doch Guth muß seine motorisierten Kunden vom Feld vertreiben. Selbst wenn er keine Gebühren nähme, wäre das Parken eine „alternative Nutzung“, die ihn die Prämien kosten würde.

Wenn die Berechnungen des Bonner Agrarökonom Rudolph-Ernst Wolfram richtig sind, wird der Wahnsinn durch die beabsichtigte Reform noch perfektioniert. Die gemeinsame Agrarpolitik führe dazu, so seine These, daß die Bauern „Milliarden Mark an Steuergeldern sinnlos unterpfügen“.

Der Vorschlag des Landwirtschaftskommissars Fischler, die Garantiepreise für Getreide um 20 Prozent zu senken, den Bauern die Hälfte der Einnahmeverluste aber durch direkte Überweisungen aus der EU-Kasse zu erstatten, ist für Wolfram lediglich ein Bluff. Die Kommission nähre durch die Preissenkung die Illusion der Bauern, ihr Getreideanbau werde auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. Ohne Direkthilfen aber würden die meisten Höfe nicht bestehen können.

Ein 30-Hektar-Hof, der pro Hektar 70 Dezitonnen Getreide erntet, macht im geltenden System, bei gegenwärtigen, schon subventionierten Preisen, Jahr für Jahr einen Verlust von 8800 Mark. Auf einen Gewinn kommt er nur, weil Brüssel für die bewirtschaftete und die stillgelegte Fläche 18 200 Mark Prämie auswirft. Überschuß: 9400 Mark.

Die geplante Reform erscheint im Lichte der Wolframschen Zahlen geradezu absurd: Weil der Getreidepreis um 20 Prozent fällt, macht derselbe Betrieb einen Verlust von 16 400 Mark, wird mit Hilfe von Direktzahlungen in Höhe von 21 500 Mark aber noch auf einen bescheidenen Überschuß von 5100 Mark gehievt.

Wolframs Schlußfolgerung: Wenn es allein darum ginge, einem solchen Bauern ein halbwegs erträgliches Einkommen zu sichern, wäre es für Brüssel viel sinnvoller, ihm einen Teil der Prämien einfach auszusütten. Einzige Bedingung: Der Landwirt müßte auf die kostenträchtige Bebauung seines Ackers verzichten.

Wolframs Schlußfolgerung: Wenn es allein darum ginge, einem solchen Bauern ein halbwegs erträgliches Einkommen zu sichern, wäre es für Brüssel viel sinnvoller, ihm einen Teil der Prämien einfach auszusütten. Einzige Bedingung: Der Landwirt müßte auf die kostenträchtige Bebauung seines Ackers verzichten.

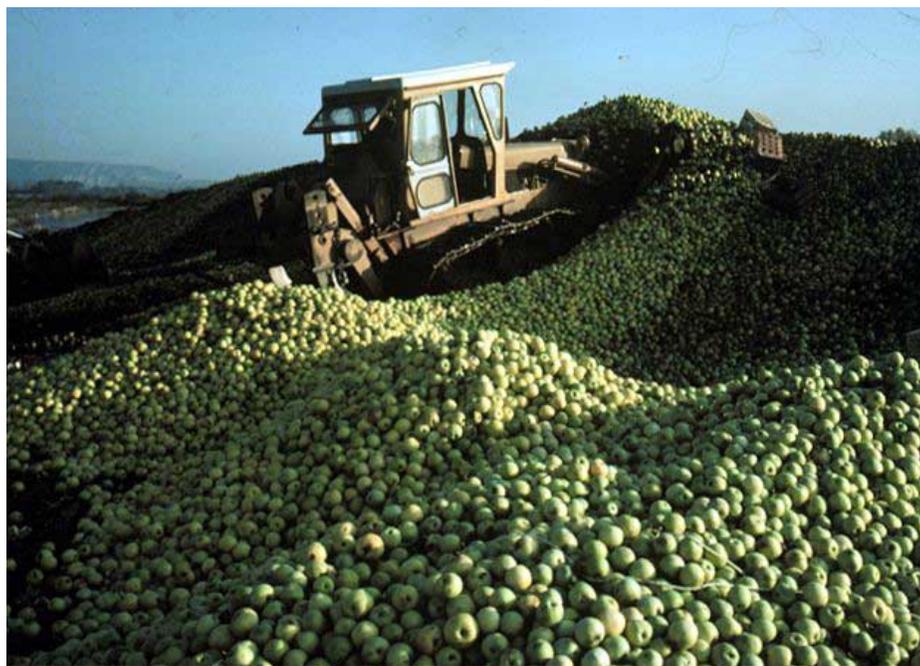
Auch bei einem 100-Hektar-Hof wird nach der Fischler-Reform ein 31 000 Mark hoher Betriebsverlust durch eine 72 000-Mark-Prämie in einen Scheinertrag von 41 000 Mark umgewandelt. Und selbst für einen 1000-Hektar-Betrieb bleibt nach Fischlers Preissenkung kein Betriebsgewinn durch den Verkauf der Ernte über. Allerdings liegt der Einnahmeüberschuß dank der Flächenprämie dann bei 600 000 Mark im Jahr.

In Betrieben mit niedrigeren Getreideerträgen bleibt beim Bauern noch weniger hängen. Allein die Subventionierung der Milch- und Rindfleischerzeugung hat nach Wolframs Berechnungen seit 1984 einschließlich einer kalkulatorischen Verzinsung rund 370 Milliarden Mark gekostet. Nur ein Drittel davon sei „einkommenswirksam“ bei den Bauern angekommen, 250 Milliarden dagegen seien buchstäblich „vernichtet“ worden. Wolfram: „Das ist doch völlig unverantwortlich.“

Hirnrissig oder nicht – der österreichische EU-Kommissar Fischler ist Realist. Die Zeit, das glaubt er, sei noch nicht reif, um das Sterbeglöcklein für die gemeinsame Agrarpolitik zu läuten. In der „Agenda 2000“ wird die Quotenregelung für Milch nur bis zum Jahr 2006 fortgeschrieben. Theoretisch könnte sie dann schlicht auslaufen. Doch darüber schweigt das Kommissionsprogramm.

Der Sofamelker Keßler in Schwalbach setzt unerschütterlich auf die Durchsetzungskraft der Landlobby und das Beharrungsvermögen der Agrarbürokratie. Wenn er fürchtete, daß 2006 wirklich Schluß wäre, müßte er seine Quote jetzt rasch verkaufen. Je länger er wartet, desto mehr verfällt der Preis. Keßler aber sagt: „Ich verkaufe nicht.“

WINFRIED DIDZOLEIT, DIRK KOCH



Apfelvernichtung in Frankreich: „Die anderen machen es genauso“